



von Helmut Markwort

Mit einer Neiddebatte gegen 30 Männer verschleiert die SPD die Soli-Fakten

Montag

In Wahlreden warnen die Sozialdemokraten vor einer Spaltung der Gesellschaft, aber tatsächlich spalten sie selbst mit fieseren Methoden.

Aus Angst vor dem Untergang wollen sie sich als Klassenkämpfer profilieren und den Zorn des Volkes auf die Reichen lenken. Sie missachten Fakten und Daten, um skrupelloser gegen Besserverdiener hetzen zu können.

Finanzminister Olaf Scholz als Organisator der Gesetze und der kommissarische Parteichef Thorsten Schäfer-Gümbel als Propagandist zündeln an der Neidstimmung mit zwei Instrumenten.

Das erste ist die verweigerte Rückführung des Solidaritätszuschlags für einen Teil der Steuerzahler, und das zweite ist die nachgeschobene Ankündigung einer Vermögenssteuer.

Besonders infam ist die Kampagne, mit der die Bundestagsfraktion der SPD die Nichtentlastung durch den Soli begleitet. In einer Zeichnung verdreht sie die Fakten.



Neidprediger Olaf Scholz und Thorsten Schäfer-Gümbel verdrehen die Fakten zum Soli

Aus dem vermutlich verfassungswidrigen Vorgang, dass die Regierung einem Teil der Steuerzahler die seit Jahren zugesagte Entlastung verweigert, macht sie ein vermeintliches Steuergeschenk, das Spitzenverdienern nicht gewährt werden soll.

Die Rechtslage hat mit einem Geschenk so wenig zu tun wie die Zeichnung mit der Realität des Wirtschaftslebens.

Die SPD zeigt uns, wie ihre Wähler sich den Spitzenverdiener vorstellen sollen. Er döst auf einer Hängematte. Vor ihm lockt ein Cocktail, und hinter ihm rutschen die Geldbündel vom Fließband.

Der Bildtext gibt Hinweise auf den Müßiggänger. Die SPD-Fraktion informiert uns darüber, wie viel die Vorstandschefs von Dax-Unternehmen verdienen. Die Einkommen dieser 30 Männer, die alle ziemlich viel arbeiten und selten dösen, sind allesamt mitbeschlossen von SPD-Funktionären und Gewerkschaftern, die in den Aufsichtsräten Gehälter und Boni genehmigen.

Diese Anmerkung aber nur nebenbei, denn die 30 Männer sind nur ein Ablenkungsmanöver der SPD.

Sie sollen ablenken von der Masse der Betroffenen, die vom Soli nicht entlastet werden. Dazu gehören 572 000 mittelständische Personenunternehmen, die auf ihre Einkommensteuer von voraussichtlich 58 Milliarden in diesem Jahr auch noch 3,2 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag bezahlen.

Hinzu kommen 72 000 Kapitalgesellschaften, die auf rund 33 Milliarden Euro Körperschaftsteuer auch noch mal rund zwei Milliarden Soli entrichten. Sie gehören zum Rückgrat der deutschen Wirtschaft.



Hetze Mit einer bösen Karikatur gegen Dax-Chefs verbreitet die SPD schlechte Stimmung

Diese Zahlen sind selbstverständlich im Bundesfinanzministerium seit Langem bekannt. Sie gehören zum Grundwissen der Beamten.

Außerdem haben die acht wichtigsten deutschen Wirtschaftsverbände den Bundesminister in einem gemeinsamen Schreiben darauf hingewiesen, welche Nachteile die Nichtentlastung vom Soli für die Unternehmen im Hochsteuerland Deutschland bedeutet.

Wichtige Wettbewerber wie USA, Großbritannien und Frankreich haben niedrigere Steuersätze und bieten in Zeiten einer drohenden Rezession zusätzliche Steueranreize. Unsere Regierung haben diese Argumente nicht beeindruckt.

Sie blufft mit Spitzenverdienern und dem Satz der SPD: „Starke Schultern können mehr stemmen.“

Das ist richtig, und das tun sie schon. Die nicht oder nur teilweise entlasteten zehn Prozent tragen mit etwa zehn Milliarden einen genauso hohen Anteil am Soli-Aufkommen wie die 90 Prozent, die nichts mehr zahlen sollen.

Diese Fakten passen natürlich nicht in die Neidkampagne der SPD.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Foto: imago images